



Wir stehen zum „C“.

Das christliche Menschenbild ist für uns Richtschnur.

- Wir würdigen das Engagement der Kirchen für ein gutes Miteinander und pflegen mit ihnen einen gewinnbringenden Dialog.
- Die Grünen hingegen votieren in kommunaler Verantwortung meist gegen die kirchliche Trägerschaft von Kindergärten und Schulen, obwohl diese dem Staat viel Kosten ersparen. Sie wollen sogar den Kirchen die finanzielle Grundlage für gesellschaftliche Handlungsfelder schrittweise entziehen (vgl. Wahlprogramm 2016, S. 237). Ein vertrauensvolles Miteinander und eine Wertschätzung der seelsorgerlichen, sozialen und gesellschaftlichen Arbeit der Kirchen sehen anders aus.
- Die CDU setzt sich konsequent für ein freundschaftlich-kooperatives Verhältnis von Staat und Kirchen ein. Das ist in Zeiten allgemeiner Verunsicherung wichtig. Die CDU stärkt den Religionsunterricht, kirchliche Kindergärten und kirchliche Sozialarbeit.
- Die Grünen haben durchgesetzt, dass im Rundfunkrat des Südwestrundfunks der Vertreter der kleineren christlichen Kirchen (Freikirchen, Orthodoxe u.a.) durch einen Vertreter des Islam ersetzt wurde (Mai 2013).
- Der CDU ist die Integration von Muslimen wichtig. Das kann aber nicht bedeuten, ihre Interessen einseitig zu fördern und gleichzeitig die Kirchen zurückzudrängen.
- Die kontroversen Diskussionen um die Einführung des „Bildungsplans“ für die Schulen in Baden-Württemberg durch Grün-Rot zeigen: Die Grünen setzen sich nur für ganz bestimmte Minderheiten ein. Benachteiligungen aufgrund von Behinderung, Religionsausübung,

Alter, sozialer Herkunft sind ihnen weniger wichtig als die Interessen sexuell definierter Gruppen (vgl. Landeswahlprogramm 2016, S. 235). Die Verfolgung von Christen in vielen Ländern der Welt interessiert die Grünen nicht. Die Rechte der ungeborenen Kinder auch nicht.

- Die CDU stellt die Bedeutung von Ehe und Familie und den Schutz des Lebens nicht in Frage. Das gilt für die Sozialpolitik wie für die Bildungspolitik.
- Die Regierung Kretschmann hat das Landeserziehungsgeld der Vorgängerregierungen aufgehoben (Stuttgarter Nachrichten, 18.9.2012). Dadurch wird es Eltern erschwert, eigenständig ihre Kinder in den frühen Lebensjahren zu erziehen und Werte zu vermitteln. Eine einseitige Förderung der staatlichen Betreuung und Erziehung ist das genaue Gegenteil von Wahlfreiheit.
- Die CDU wird ein „Familiengeld Baden-Württemberg“ einführen, um Familien echte Wahlfreiheit zuzugestehen und die unersetzliche Erziehungsarbeit in den Familien zu würdigen.
- Mit einer Novelle des Feiertagsgesetzes hat die Grün-geführte Landesregierung die Regelungen zum Tanzverbot an den stillen Tagen deutlich gelockert. Das wird der Bedeutung dieser unsere Kultur prägenden Tage nicht gerecht.
- Die CDU bekennt sich zum Christentum als der prägenden Wurzel der Kultur unseres Landes. Dazu gehört auch der Schutz christlicher Symbole, Werte und Feiertage.